

Weggebühren... für den Verkehr... an der Spitze... an der Spitze...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. Chocoladen, Cacao Desserts. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Waggen-Zerlei... Zerlegen von Waggen... Zerlegen von Waggen...

Julius Schädlich Am See 10, part. u. l. Et. Beleuchtungs-Gegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Reisewitzer Biere erholten zur Deutschen Kochkunst-Ausstellung Dresden 1909 Goldene Medaille und Ehrenpreis!

Spul- und Madenwürmer werden bei Kindern und Erwachsenen gründlich beseitigt durch die... Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Komplette Betten und Schlafzimmereinrichtungen in jeder Preislage.

Steiners Paradiesbett!

Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn Akt.-Ges. Prager Strasse 50, Ecke Sidonienstrasse. Telefon 3226.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Kälter, veränderlich. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kam es zu tumultuösen Szenen. Ein Mordanfall auf der Dresdner Carolstraße am 1. Dez. v. J. beschäftigt zurzeit das Kriegsgericht. Der Reichstag verwies die Bankgesetznovelle an eine besondere Kommission. Die Stimmung für die Erhöhung des Kaffeepreises als Ersatzsteuer ist, wie aus dem Reichstage berichtet wird, äußerst günstig. Der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärte die Entwürfe einer Nachsteuer und des Gesetzes über das Erbrecht des Staates für die Landwirtschaft als unannehmbar. Der Verband der Kaufleute Deutschlands hat sich gegen die allgemeine Einführung der Grund- und Gebrauchssteuer bei der geplanten Fernsprechnetzgebührenordnung ausgesprochen. Der König von Belgien wird dem „Eclair“ zufolge dem Jahrespaar im Mai einen Besuch abtun. In Smyrna und Portorico wurden schwere Erdstöße verspürt.

Als „agrarischer Reichstanzler“

hat Fürst Bülow durch seine Rede im Deutschen Landwirtschaftsrat seinen Namen zu erneuten Ehren gebracht. Der vierte Kanzler des Deutschen Reiches hat schon wiederholt bewiesen, daß er sich in dem Kreise der berufenen Vertreter der deutschen Landwirtschaft, die sich in der über das ganze Reich verbreiteten Organisation des Landwirtschaftsrates auszeichnen, hervorsticht. Da die genannte Körperschaft sich aus Mitgliedern aller Vereinigungen zusammensetzt, die in den Einzelstaaten als zuständige Vertretungen der deutschen Landwirtschaft anerkannt sind, so haben die von dieser Stelle aus bekundeten Anschauungen besondere Bedeutung, und die verbündeten Regierungen pflegen den Anregungen, die von dort ausgehen, in weitem Umfange praktische Folge zu geben. Wenn also der oberste verantwortliche Beamte des Reiches in solcher Umgebung in feierlicher Form sein lebhaftes Interesse für das Gelingen und Gedeihen der deutschen Landwirtschaft bezeugt, so dürfen solche Kundgebungen auf jeden Fall eine starke politische Bedeutung beanspruchen. An derselben Stelle ist auch bei einer früheren Gelegenheit aus dem Munde des Reichstanzlers der zum geflügeltesten Worte gewordene Ausspruch ergangen, er wüßte, daß auf seinen Zeichenstein die Aufschrift gesetzt würde: „Dieser ist ein agrarischer Reichstanzler gewesen“. Wenn man diese Worte in dem vom Reichstanzler gesprochenen höheren, nicht parteipolitischen Sinne aufsaßt, so kann ein unparteiisches Urteil über die vom Fürsten Bülow im Interesse der Landwirtschaft entwickelte staatsmännliche Tätigkeit nicht umhin, ihm zuzugeben, daß er den Ehrenstitel eines im besten Sinne „agrarischer“ Reichstanzlers im vollen Maße verdient. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich auch das Verhältnis des Fürsten Bülow zu der deutschen Landwirtschaft und ihren hervorragenden Vertretern in der denkbar günstigsten Weise entwickelt. Unsterbliche Propheten glauben, aus den letzten Vorgängen bei der Reichsfinanzreform in Sachen der Nachsteuer den Schluß ziehen zu sollen, daß die agrarischen Beziehungen des Fürsten Bülow eine Triebfeder erfahren hätten, und der „Klabberadass“ hatte bereits dem Fürsten den Rat gegeben, sich einen „anderen Zeichenstein“ leben zu lassen. Die Ausnahme aber, die der Reichstanzler im Deutschen Landwirtschaftsrat gefunden hat und die an Herzlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, stellt es ganz außer Zweifel, daß die maßgebenden Führer der deutschen Landwirtschaft die dauernden Verdienste des Fürsten Bülow um die von ihnen vertretenen, mit der nationalen Wohlfahrt so eng verknüpften Interessen viel zu gut zu würdigen wissen, um wegen einer einzelnen Meinungsverschiedenheit einen sachlich nicht begründeten allgemeinen Gegensatz zu einem so gründlich bewährten einflussreichen Freunde der Landwirtschaft aufkommen zu lassen. Auch aus der Erwiderung des Reichstanzlers auf die herzliche Begrüßungsansprache des Vorstehenden Grafen Schwerin-Eblich sang die Freundlichkeit der Gefinnung hervor, die beide Teile verbindet. Die Art, wie hier Fürst Bülow seine tiefgründige Verfassung der Landwirtschaft zum Ausdruck bringt, trägt so sehr das überzeugende Gepräge eines nachhaltigen sittlichen Ernstes, daß ein einflussvolleres Bekenntnis eines leitenden Staatsmannes zu einem landwirtschaftlichen Schlußprogramm nicht wohl

möglich erscheint. Mit Fug und Recht konnte Fürst Bülow darauf hinweisen, daß er in der Vertretung seines Agrarprogramms, das in der Forderung eines nachdrücklich verstärkten Zollschutzes für die Landwirtschaft gipfelt, sich vom ersten Augenblick seiner Kanzlerschaft an treu geblieben ist und dieses Ziel in allem Wesentlichen der tatsächlichen Notwendigkeiten und der politischen Konstellationen unverrückt im Auge behalten hat. Es ist gewiß etwas Großes, wenn der Kanzler des Deutschen Reiches vor der autoritativen Vertretung der deutschen Landwirtschaft erklären kann, er sei von Anfang an seinem grundsätzlichen Standpunkte in der Vertretung der agrarischen Fragen treu geblieben und werde es bleiben, solange er sein schweres Amt führe. Dabei war der Kanzler in der für seine gesamten patriotischen Freunde angenehmen Lage, die Versicherung hinzufügen zu können, daß der Zeitpunkt der Niederlegung seines Amtes vielleicht noch ferner sei, als seine Gegner hofften. Dieser leichte und unverfälschte Zartstimm, womit Fürst Bülow seine offenen und geheimen Widersacher abtat, sowohl diejenigen, die ihn „hinwegbeten“ möchten, als die auf den seinen. Sohlen höfischer Intrigen schleichenden Hinterer und Aufmerksamkeitsheber, beweist deutlicher als langatmige Erörterungen, daß der Reichstanzler sich nach wie vor des vollen Vertrauens des Kaisers erfreut und daß alle Spekulationen seiner Feinde auf die „psychologischen Nachwirkungen“ der inneren Krisis an allerhöchster Stelle im Lande zerronnen sind. Von den sachlichen Ausführungen des Reichstanzlers über die fundamentale Bedeutung der Landwirtschaft für unseren gesamten nationalen Wohlstand und die Erhaltung unserer Wehrkraft ist insbesondere der nachdrückliche Hinweis auf den unschätzbaren Wert des inneren Marktes hervorzuheben. Dieser Gesichtspunkt kann wirklich nicht genug betont und berücksichtigt werden. Durch die Handelsstatistik ist festgestellt worden, wie gering im Verhältnis zum Ganzen der Prozentsatz des Ablasses ins Ausland selbst bei den größten Exportindustrien ist. Der Hauptabnehmer ist und bleibt stets das Inland, das zumal in kritischen Zeitsäufen, wenn die Konjunkturen des Weltmarktes unter allgemeiner Unruhe leiden, die einzige zuverlässige Rückendeckung für den heimischen Gewerbetreibenden bildet. Den Inlandsmarkt nach Möglichkeit kaufkräftig zu erhalten, muß daher stets das besondere Bestreben einer weitsichtigen Regierung sein, und daraus folgt von selbst die Notwendigkeit, den Kern des Inlandsmarktes, die Landwirtschaft, in ihrem Daseinskampf mit aller Kraft zu unterstützen und ihr die weitgehendste staatliche Fürsorge, selbstverständlich im Rahmen der allgemeinen Berücksichtigung sämtlicher großen nationalen Erwerbsgruppen, also auch des Handels und der Industrie, zuteil werden zu lassen. In diesem Geiste hat Fürst Bülow die Verwirklichung des neuen Zolltarifs betrieben und durch den seiner Tarifpolitik beschiedenen Erfolg einen neuen bedeutsamen Schritt nach vorwärts auf der Bahn gemacht, die zuerst Fürst Bismarck an dem geschichtlichen Wendepunkte der deutschen Wirtschaftspolitik im Jahre 1879 zum Segen des deutschen Vaterlandes betreten hatte. Wieder, wie damals, steht heute das Deutsche Reich an einem Wendepunkte seiner Entwicklung. Im Jahre 1879 galt es, das Staatschiff mit einem kühnen Rude des Ruders nach rechts aus dem gefährlichen, von Klippen und Brandung bedrohten Fahrwasser des Freihandels herauszuführen, und heute heißt es, der Finanznot des Reiches zu wehren, um die nationalen und wirtschaftlichen Erwerbsverhältnisse unseres gesamten Gesamtorganismus zu schützen und vor der Gefahr einer Verkümmern zu bewahren. In diesem Zusammenhange erhebt der Reichstanzler eine ernste, durch eine geschichtliche Parallele verstärkte Mahnung an das patriotische Gewissen der Blockparteien und insbesondere auch an die landwirtschaftlichen Kreise, in dieser Ehren- und Existenzfrage des Deutschen Reiches, von der zugleich die Durchführung wichtiger agrarischer Aufgaben abhängt, im eigenen sowohl wie im allgemeinen Interesse nicht zu verlagern. Der Appell an die Landwirtschaft steht augenscheinlich mit der ablehnenden Haltung der Konservativen gegenüber der Nachsteuer in Verbindung. Der Reichstanzler knüpfte an den Hinweis des Grafen Schwerin auf den Untergang des alten deutschen Reiches an, das durch Uneinigkeit und mangelnde Opferfreudigkeit an der Ordnung seiner Finanzen gescheitert und dadurch in den Ruin getrieben wurde, und legte in diesen Teil seiner Ausführungen die ganze Wucht seiner von den höchsten vaterländischen Interessen getragenen Autorität.

Möge dieser Mahnung, der von der höchsten verantwortlichen Stelle im Reiche ausgeht, den Blick in der jetzigen kritischen Situation der Reichsfinanzreform eindringlich an die Größe seiner Verantwortung erinnern und ihm den Weg zur Verständigung, der nach den Worten des Kanzlers gefunden werden kann, weil er gefunden werden muß, durch die Vertiefung der Erkenntnis weisen, daß von der Lösung der Finanzreform Ehre, Wohlfahrt, Macht und Sicherheit des Reiches abhängen.

Neueste Drahtmeldungen vom 18. Februar.

Deutscher Reichstag. Berlin. (Priv.-Tel.) Die Generaldebatte über die Bankgesetznovelle wird fortgesetzt. Abg. Maczys (Freil. Volksp.) verteidigt den früheren Reichsbank-Präsidenten nach und dessen Diskontpolitik. Es werde noch nie vergessen werden, daß unter ihm und durch ihn das Gwewesen bei uns einen Umsturz erreicht habe, wie in keinem anderen Lande. Unter Gwewesen sei eine Einrichtung, um die uns alle Kulturländer beneideten. Noch habe ferner das Reichs-Schicksal, das wir jetzt haben, vorbereitet. Unvergessen werde ihm auch der unerhörte Überdreh sein, den er gegenüber allen Angriffen auf unsere Goldwährung geleistet habe. Anzuerkennen sei, daß diese seine Politik in ihren großen Linien auch von dem jetzigen Reichsbankpräsidenten fortgeführt werde. Unsere Goldwährung, führt Redner fort, hat die Feuerprobe bestanden. Aber wir können Gold natürlich nicht im Lande halten, können nicht Gold einführen, wenn wir nicht Waren ins Ausland verkaufen können zur Deckung unserer Bezüge aus dem Ausland. Auch der Vorwurf einseitigen Fiskalismus gegen unsere Bankpolitik ist unberechtigt. Solange ich selbst der Reichsbank näher stand, sah ich stets, daß sie mit lautmännlicher Besonnenheit vorging. Einen größeren Fehler könnten wir gar nicht begehen, als wenn wir die Reichsbank zu einem reinen Staatsinstitut machen wollten. Die Erfahrung, die man 1896/97 mit der Preußischen Staatsbank gemacht hat, war gerade die Ursache, daß mit dem reinen Staatsinstitut damals gebrochen wurde. Bei einem reinen Staatsinstitut würde auch die Fühlung mit der Finanzwelt verloren gehen. Erreicht ist, daß die Reichsbank zum Anlauf von Schecks ermächtigt sein solle, ferner, daß neben Gold auch Reichsbanknoten gleiches Zahlungsmittel sein sollen. Von Zwangskurs ist keine Rede; denn die Reichsbank bleibt verpflichtet, jede Note auf Präsentation in Gold einzulösen. Was das Verhältnis zu den Privatbanknoten anlangt, so ist die Verpflichtung der Reichsbank, Privatbanknoten gegen Reichsbanknoten einzulösen, ein Grund mehr dafür, daß durch die Privatbanken keinesfalls die Diskontpolitik der Reichsbank beeinträchtigt werden darf. Ueber die Frage der Kapitalerhöhung gehen die Meinungen auseinander, sie ist aber überhaupt nicht von solcher Bedeutung und kann daher ausbleiben. Die Erhöhung des Zinsenfreien Notenkontingents ist zu billigen, denn mit den Fortschritten unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens ist auch das Bedürfnis gestiegen. Das Barungsmaß der Steuer bei Ueberdeckung des Kontingents bleibt ja doch erhalten. Zum Schluß will ich nur noch die Hoffnung ausprechen, daß mit Annahme dieses Gesetzes Friede auf diesem Gebiete eintreten werde. (Beifall.) — Präsident der Reichsbank Davenkstein drückt seine Verwunderung über die Aufnahme aus, die die Vorlage im großen und ganzen gefunden habe. Herren Kredit und Kredit rufe er zu: Geben Sie das Suchen nach einem stabilen Diskont auf. Solange wir ein wirtschaftlich aufwärtsstrebendes Volk sind, wird es immer Schwankungen geben. Auch unser Kredit braucht deshalb, wegen des zeitweilig hohen Diskonts, nicht niedriger eingeschätzt zu werden. In Frankreich würde man gern unsere Schwankungen in Kauf nehmen, wenn man damit der Stagnation abhelfen und die allgemeine Anspannung aller Kräfte, wie bei uns, ersetzen könnte. Auch die Bank von Frankreich hat anerkannt, daß die Diskontpolitik das einzige Mittel ist, um die Zahlungsbilanz und die Goldbedeckung zu schützen resp. zu erhalten. — Redner spricht so leise, daß seine weiteren Ausführungen, in denen er sich andauernd an die ganz in seiner Nähe sitzenden Abg. Kredit und Kredit wendet, unvernehmlich bleiben. — Die legendäre Wirksamkeit der Privatnotenbanken erkenne ich an, muß aber doch bitten, den Behauptungen betr. Annahme der Privatnoten bei allen öffentlichen Kassen, sowie betreffend Einbindung der Privatbanknoten von der Verpflichtung, sich in ihrer Diskontpolitik nach der Reichsbank zu richten, die Unterstützung zu verweigern. Eine einheitliche Diskontpolitik ist und bleibt im allgemeinen Interesse geboten. — Abg. Frank-Mannheim (Soz.): Von einer Verstaatlichung der Reichsbank könne keine Rede sein. Die Reichsbank sei jetzt ein Regulator des Geldwesens. Durch eine Verstaatlichung würde sie zum Pumpinstitut der Junker werden. Mit den Grundzügen der Vorlage sei er mit seinen Freunden einverstanden. Die Dividende der Anteilhaber sollte aber herabgesetzt werden. — Abg. Raab (Wirtsch. Soz.): Mit der Schaffung eines Maximums der Dividende sind wir einverstanden. Die Reichsbank dient nur den Junkern allerersten Grades. (Beifall.) Redner tritt weiter für Verstaatlichung der Reichsbank ein und regt eine Veränderung der Grundlage unseres gesamten Geldwesens an. — Abg. Rommelen (Freil. Soz.) stimmt dem Grundgedanken der Vorlage, unbedingtes Festhalten an der Goldwährung und an der bewährten Organisation der Reichsbank, zu. Die Konten-